

Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration



→ 11 Thesen

1.) Integration erfordert ein Bündeln der Kräfte auf die Asylberechtigten



- *Die Asylverfahren müssen weiter beschleunigt werden.*
- *Es muss sichergestellt werden, dass nur bleibeberechtigte Personen auf die Kommunen weiterverteilt werden. Nicht-Bleibeberechtigte sind bis zu ihrer Rückführung in den Landeserstaufnahmestellen unterzubringen.*
- *Rückführungen müssen kurzfristig und konsequent umgesetzt werden.*

2.) Integration muss geplant und gesteuert werden.



- *Es braucht einen gesamtstaatlichen Masterplan zur Integration. Einzelmaßnahmen müssen innerhalb dieses Planes aufeinander abgestimmt werden.*
- *Es braucht ein zwischen den staatlichen Ebenen abgestimmtes Verwaltungshandeln, mit dem alle Beteiligten auf die gleiche Datengrundlage zugreifen können.*
- *Bundes- und Landesgesetzgeber sind aufgefordert, den gesetzlichen Rahmen für eine gelingende Integration im Rahmen dieses Masterplans zu schaffen.*
- *Die Städte und Gemeinden müssen in die Lage versetzt werden, Strukturen schaffen, bevor Anerkennung ausgesprochen wird.*

3.) Integration ist ein Recht und eine Pflicht zugleich.



- *Der Grundsatz des Fördern und Forderns ist bei jeder Einzelmaßnahme zur Integration zu berücksichtigen.*
- *Verstöße gegen die Mitwirkungspflicht sind zu sanktionieren. Gleichmaßen sollen jedoch auch Anreize für ein erfolgreiches Integrationsengagement gesetzt werden (z.B. beschleunigter Familiennachzug)*

4.) Der Ort der Integration ist Deutschland.



- *Es muss eine Residenzpflicht/Wohnsitzauflage für die Dauer des Sozialleistungsbezugs für anerkannte Asylbewerber eingeführt werden.*
- *Es bedarf einer zielgerichteten Infrastrukturförderung zur Verbesserung der Integrationskapazitäten in der Fläche.*
- *Das BAMF hat ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Angebot an Sprach- und Integrationskursen sicherzustellen.*

5.) Die Sprache der Integration ist Deutsch



- *Das BAMF hat sicherzustellen, dass jeder anerkannte Asylbewerber umgehend unmittelbar nach Anerkennung ein Angebot für einen Sprach- und Integrationskurs erhält.*
- *Es sind von staatlicher Seite (BAMF/Bundesagentur für Arbeit) abgestimmte Strukturen zu schaffen, mit denen eine direkt an den Integrationskurs weiterführende Sprachqualifikation anknüpft.*
- *Kinder und Jugendliche sind im Rahmen der Schule bzw. des Kindergartens gezielt in eine Sprachförderung einzubinden.*

6.) Integration braucht bezahlbaren Wohnraum



- *das Ausweisen der notwendigen Baufläche muss vereinfacht werden,*
- *die Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden,*
- *die Vergabeverfahren müssen vereinfacht werden,*
- *kostenintensive Vorgaben oder Standards müssen ausgesetzt werden,*
- *die Investition in Wohnungsbau muss attraktiver gemacht werden,*
- *die Förderinstrumente des Landes müssen optimiert werden.*

7.) Die Ziele der Integration heißen Ausbildung und Erwerbstätigkeit



- *Es ist eine zielgerichtete Erfassung von Qualifikationen und Fähigkeiten der Flüchtlinge in der Erstaufnahme sicher zu stellen.*
- *Es sind gezielte Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme für Branchen mit Fachkräftemangel aufzulegen.*
- *Es braucht im unmittelbaren Anschluss an die Integrationskurse des BAMF kombinierte Sprach- und Ausbildungsangeboten*
- *Für jugendliche Flüchtlinge braucht es gezielte Programm zum Erreichen der Ausbildungsreife.*

8.) Integration erfordert flexible Lösungen



- *Die Standards für Kinderbetreuung müssen flexibilisiert werden. Befristet muss auch eine Anhebung der Gruppengrößen ermöglicht werden.*
- *Die Umsetzung von Flüchtlingsunterkünften müssen von formalen Standards befreit werden (z.B. Mindestwohnfläche, vorherige Nutzung des Gebäudes, nur Neubauten).*

9.) Integration findet in den Städten und Gemeinden statt



- *gesetzliche Definition, wer welche Rolle bei der Integration übernimmt.*
- *Klärung, welche Aufgabe die Städte und Gemeinden übernehmen*

10.) Integration kostet Geld



- *Die Finanzierung der Integration muss von staatlicher Seite sichergestellt werden*
- *Die kommunalen Mehrbelastungen müssen von Bund und Land erstattet werden.*

11.) Integration muss sozial gerecht sein



- *Es braucht eine Öffnung der zu ergreifenden Förder- und Unterstützungsprogramme auf alle Bedürftigen unserer Gesellschaft.*